



REISEBERICHT

Krisen wohin das Auge blickt

NATO, USA und UN vor IS, Ukraine und Freihandel

Vom 07. bis 09.12.14 nahm ich am Transatlantischen Forum der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Washington, USA, teil. Vom 09. bis zum 11.12.14 schloss ich eine Einzeldienstreise an, bei der ich Gespräche in Washington sowie bei den Vereinten Nationen in New York führte.

Zusammenfassung

Die Krisen der Welt bestimmen die Agenda der NATO, der Politik der USA wie der Vereinten Nationen.

1. Der Krieg in Syrien und dem Irak und die Herausforderung durch den IS werden nicht als rein militärisch gewinnbar angesehen. Notwendig ist ein breiter politischer Ansatz in den militärische Mittel eingebettet sind. Eine Mandatierung durch die Vereinten Nationen ist zurzeit nicht in Sicht – aber auch kein Bemühen, dorthin zu kommen. Faktisch-praktisch kooperieren die USA bereits mit Syrien.
2. Die Internationale Gemeinschaft und namentlich Europa und Deutschland haben massive Defizite bei der Bewältigung der humanitären und Flüchtlingskatastrophe in dieser Region.
3. Die Anforderungen für das *Peacekeeping* an die Vereinten Nationen wachsen – sowohl hinsichtlich der Zahl (ZAR, Mali, Südsudan) als auch hinsichtlich der Herausforderungen. Nötig sind nicht nur besser ausgebildete und ausgerüstete Soldaten sondern gerade auch zivile Fähigkeiten etwa im Bereich von Polizei und Justiz. Dies kann durch Entwicklungsländer nicht gestellt werden – aber Europa und Deutschland verweigern auch weiterhin ein massiveres Engagement. Die Haltung „Europa zahlt und die Entwicklungsländer halten den Kopf hin“, bleibt beschämend.
4. Stattdessen verpflichten sich die NATO-Mitglieder ihre Verteidigungsausgaben für konventionelle Rüstung auf 2 % des BIP zu steigern, obwohl etwa Deutschland nicht einmal die Hälfte der für Jahresbeginn zugesagten 0,7 % des BIP für Entwicklungshilfe aufbringt. Damit kommt nicht nur Krisenprävention zu kurz, auch mit

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

+49 30 227-72247
+49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE
WWW.TRITTIN.DE

Blick auf die realen militärischen Risiken und Bedrohungen ist dies die falsche Orientierung. Hier braucht es andere Ausrüstung, eine andere Ausrichtung und vor allem zivil-militärische Formate.

5. Begründet wird diese falsche Orientierung mit der anhaltenden Krise in der Ukraine – obwohl gleichzeitig versichert wird, dieser Konflikt werde nur politisch, nicht aber militärisch zu lösen sein.
6. Tatsächlich gibt es keine gemeinsame Strategie zwischen Europa und den USA gegenüber der Ukraine. Während die Mehrheit Europas mit Deutschland und Frankreich ähnlich wie die Obama-Administration auf eine Politik der Festigkeit in der Sache bei gleichzeitigem Gesprächsangebot setzt, setzt eine Mehrheit im US-Kongress auf eine Politik der Eskalation bis hin zu Waffenlieferungen an die Ukraine. Beide Strategien schließen sich gegenseitig aus.
7. Unübersehbar ist, dass die Obama-Administration in ihren Handlungsmöglichkeiten gegenüber dem Kongress noch weiter eingeschränkt ist. Neben der allgemeinen Überdehnung der US-Fähigkeiten dürfte dies deren internationale Handlungsfähigkeit weiter beschränken.
8. Eine parteiübergreifende Mehrheit und einen Konsens gibt es in den USA zu den Handelsabkommen TTIP und TPP. Sie wollen diese allerdings mit Investor-Staats-Schiedsverfahren (ISDS). Neben dem großen Streitpunkt ISDS gibt es aber noch eine solche Vielzahl an Einzelfragen, dass eine Verabschiedung noch vor der Neuwahl eines Präsidenten sehr schwierig wird.
9. Die inneramerikanische Lage wird von allen Gesprächspartnern als politisch wie psychologisch blockiert und gespalten beschrieben – in einem Maße, wie lange nicht.
10. Gerade vor dem Hintergrund der Bewegung in den USA und in China beim Internationalen Klimaschutz ist es umso bedauerlicher, dass es nicht nur keine Kampagne für die Energiewende durch die deutschen Auslandsvertretungen gibt, sondern dass es diesen vielfach am Basiswissen über die Fakten dieses Modells fehlt.

Zu den Punkten im Einzelnen:

Transatlantisches Forum der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Das Forum in der *National Security University* kreiste vor allem um die Frage, wie diesseits und jenseits des Atlantiks mit den Krisen der Welt umgegangen werden soll. Hierbei offenbarten sich Widersprüche zwischen Europa und den USA, aber auch innerhalb der politischen Entscheidungsträger beider Seiten.

Ukraine

Dies gilt insbesondere für die Ukraine. Bei allem Betonen der Bedeutung von ökonomischen und energiepolitischen Fragen als letztlich entscheidend unterstrich etwa der frühere Sicherheitsberater von George W. Bush, *Stephen Hadley*, den Umstand, dass die USA und Europa sich mit ihrem liberalen Kapitalismus in einem "*ideologischen Wettbewerb*" mit einem autoritären Staatskapitalismus auf der einen und der islamistischen Herausforderung auf der anderen Seite befänden. Deshalb bräuchten wir TTIP, auch Fracking und eine gemeinsame Ukraine-Politik. Er sei der Auffassung, dass die Sanktionen zwar wirken, aber keine kurzfristigen Verhaltensänderungen zur Folge haben werden. Bis sich aber letztlich diese ökonomische Seite letztlich durchsetze, gäbe es nur einen Weg, Russland seine Grenzen aufzuzeigen: Verstärkung der Rüstungsausgaben inklusive Missile Defense, Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa, Aufrüstung der Ukraine (Georgien, Moldawien). Er – der als potentieller Außenminister eines republikanischen Präsidenten gehandelt wird – bestritt nicht, dass dies zu einem Wettrüsten führen werde. Dies umschreibt ziemlich exakt die Mehrheitsposition im neu gewählten Kongress. (Interessanterweise wird dieser Sicht explizit vom großen alten Mann der amerikanischen Außenpolitik, dem Republikaner *Henry Kissinger*, explizit widersprochen.)

Die Gegenposition zu Hadley kam von *Steven Pfifer* von *Brookings*, zeitweiliger Botschafter unter anderem in der Ukraine. Die Ukraine-Krise sei eine Krise von 20 Jahren *bad governance*. Russlands Annexion und Intervention aber habe die ukrainische Nation zusammengeschweißt. Er plädierte ausgehend von der Einschätzung, dass der wahrscheinlichste Ausgang ein anhaltender Konflikt sei, für eine verhandelte Befriedung mit den Elementen Dezentralisierung, Rechte für Russisch Sprechende, vor allem Fortsetzung des Dialogs UKR-RUS-EU über die Konditionen der EU-Assoziierung, klare Versicherung, dass eine NATO-Mitgliedschaft auf Jahre nicht auf der Tagesordnung steht - und Ausklammern des Status der Krim. Diese Position wird in der Obama-Administration eher geteilt.

Zukunft der NATO von Wales bis ISIS

Mantrahaft wurde die Notwendigkeit der Erfüllung des 2 % Ziels beschworen – was für Deutschland hieße, die Rüstungsausgaben auf gut 55 Mrd. € gegenüber 33 Mrd. € im Finanzplan zu steigern. Deutschland fehlen zudem mit einem Minus von 0,34 % vom BSP bis 2025 gut 10 Mrd. Euro um ab dem 01.01.2015 das verbindlich geltende Ziel von 0,7 % des BSP für Entwicklungszusammenarbeit zu erfüllen. Dass also die Umsetzung der mündlichen Zusagen von Wales alles andere als wahrscheinlich ist, dass man also einen Plan B braucht, wenn man strategische Planung machen möchte, ist zumindest eine unbequeme Wahrheit, auf die es in der NATO keine Antwort gibt.

Gleichzeitig droht die Fixierung auf die Ukraine-Krise, die notwendige Umorientierung auf die neuen Herausforderungen in den Zeiten asymmetrischer

Kriege, der Risiken wie Ressourcenkonkurrenz, Armut, Klimawandel und Verbreitung von Kleinwaffen, wieder zugunsten tradierter (symmetrischer) Aufrüstung zurück zu drängen. Entsprechend steht die NATO bei den aktuellen Konflikten in Syrien, Irak, aber auch Libyen oder der Zentralafrikanischen Republik eher an der Seitenlinie, obwohl NATO-Staaten in der *coalition of the willing* gegen den IS involviert sind. Dies gilt umso mehr, da kein Wille besteht für letzteres ein VN-Mandat anzustreben.

In der Diskussion um den IS verwies *Michelle Dunne* von *Carnegie Endowment* darauf, dass die Bündnispartner der USA wie Saudi-Arabien, Ägypten und auch Jordanien den Dihadisten selbst den Nachwuchs zutreiben, indem sie unter dem Vorwand des Anti-Terrorismus die elementare demokratische Rechte der Zivilgesellschaft zerschlagen.

Deutschland und die USA - Gespräche in Washington

Im Anschluss an das Transatlantische Forum führte ich eine Reihe von Gesprächen mit Vertretern des Kongresses, des Außenministeriums, des Nationalen Sicherheitsrates und des Handelsministeriums.

Ukraine-Politik

Sowohl im Sicherheitsrat wie im Kongress wurde die Rolle Deutschlands in der Ukraine-Krise sehr gelobt. Es habe ein Zusammenrücken der „Wertegemeinschaft“ gegeben, da die gewaltsame Infragestellung von Grenzverläufen gegen fundamentale Prinzipien der europäischen Nachkriegsordnung verstoße.

Zwar verschließe sich die Administration nicht der Kritik derjenigen, die eine Eskalationsspirale mit RUS befürchteten. Aus US-Sicht sei jedoch klar, dass RUS sich nur unter Druck bewege. Dennoch sei Präsident Obama sehr daran gelegen, Putin einen Ausweg zu ermöglichen. Dabei müsse allerdings jeder Eindruck vermieden werden, dass die großen Mächte über die Ukraine hinweg einen „Deal“ aushandelten. Absprachen mit Russland seien zudem ungleich schwerer als früher mit der Sowjetunion.

Interessant war, dass im Zusammenhang mit Putin Ungarn scharf kritisiert wurde. Es sei „*the worst in the EU*“ und auf dem Weg zu einem „Putin-Modell“. Hier sei v.a. Europa gefordert, insbesondere durch Unterstützung der ungarischen Zivilgesellschaft ein Zeichen zu setzen.

Die Haltung von Festigkeit in der Sache und Gesprächsbereitschaft der Administration wird im Kongress nicht geteilt, weder von der Mehrheit der Republikaner noch der Demokraten („*We are anti-Russian*“, Kinzinger). Ergebnis war noch in der alten Zusammensetzung eine Resolution, die den Präsidenten ermächtigte, Waffen an die Ukraine zu liefern, sich für eine permanente Stationierung von Truppen in Osteuropa aussprach und eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine befürwortete. Sowohl das Außenministerium wie der Sicherheitsrat unterstrichen, dass sie von diesen Ermächtigungen keinen Gebrauch machen wollten.

Naher und Mittlerer Osten

Im Gespräch unter einem Reiterbild mit Ronald Reagan im Büro des Abgeordneten *Adam Kinzinger* (R-IL), selbst Irakkriegs-Veteran, wurde die Linie im internationalistisch gesinnten Lager der republikanischen Partei zu Irak/IS deutlich: Die als Rückzug und „*disengagement*“ empfundene Mittelost-Politik des Präsidenten habe Amerika unsicherer gemacht. Der Fehler von 2011, sich komplett aus dem Irak zurückgezogen zu haben, müsse nun teuer bezahlt werden und dürfe auf keinen Fall in Afghanistan wiederholt werden. Sie schließen am Ende im Kampf gegen den IS auch den Einsatz von Truppen nicht aus. „*It may ultimately require combat troops*“.

Interessant war, dass Kinzinger zwar die Forderung von *Paul Rand* nach einem Bündnis mit Assad nicht teilte, da Assad der Hauptverursacher von Gewalt und Elend in Syrien sei, aber sagte, es könne sich am Ende als notwendig erweisen.

Eine Einbeziehung des Iran lehnte er hingegen ebenso strikt ab, wie ein VN-Mandat im Kampf gegen IS. Dies würde Russland wieder ins Spiel bringen.

TTIP und Globalisierung

Von allen Gesprächspartnern wurde die strategische Bedeutung eines Handelsabkommens zwischen den USA und Europa (TTIP) unterstrichen. Parallel dazu verhandeln die USA auch mit einer ganzen Reihe von Staaten ein *Transpazifisches Abkommen* (TPP). Aktuell bemüht sich die Administration um eine entsprechende Autorisierung durch den Kongress (TPA) - wogegen es vor der *Trade Authority* laute, sichtbare öffentliche Proteste gibt.

Unterstrichen wurden weniger die ökonomischen Effekte eines solchen Abkommens (0,05 % pro Jahr, so EU-Kommission), als die geostrategischen Aspekte. TTIP wird als Chance gesehen durch die beiden größten Volkswirtschaften sowohl für andere als auch für mögliche Regeln in der WTO Standards zu setzen. Diese Begründung ist richtig, kann aber nicht über die konkreten Streitfragen hinweg helfen. Sowohl vom stv. US-TTIP-Chefverhandler *David Weiner* wie vom State Department und dem Nationalen Sicherheitsrat wurden die Schwierigkeiten bei der Bewahrung geltender Standards für lösbar gehalten („*we do not have a hidden agenda on deregulation or lowering standards*“). Ungleiche Standards zwischen Beschaffung in den Staaten der USA und in der EU wurden zudem angesprochen.

Es blieben aber die Kernfragen im Streit um TTIP. Auf die Frage der Blockade neuer Standards durch die *regulative cooperation* gab es ebenso wenig Antworten, wie auch die Differenzen über *investor state dispute settlement* (ISDS) fortbestanden. Weiner gestand ein, dass ISDS ein kontroverses Thema sei („*I agree it's not an easy case, it's not self-evident*“) und verwies auf das US-Modell BIT, welches u.a. umfangreiche Transparenzregelungen enthalte und auch Eingaben von Dritten ermögliche. Er betonte aber ebenso wie die ande-

ren US-Gesprächspartner die aus ihrer Sicht notwendigen Streitbeilegungsmechanismen, die auch Eingang in andere Abkommen wie TPP finden sollten.

Abschließend legte ich ihm nahe, das Gespräch mit den grün-regierten Bundesländern im Bundesrat zeitnah zu suchen, da deren Zustimmung angesichts der Mehrheitsverhältnisse entscheidend sei.

Globale Energiepolitik und Deutsche Energiewende

Zu den globalen Fragen der Energiewende hielt ich am 09.12.14 den Vortrag *Energy transition pays off* bei der *Brookings Institution* (<http://www.trittin.de/trittin/texte/reden/rdBrooking.pdf>) über den erfolgreichen Ausbau Erneuerbarer Energien in Deutschland, dessen positive wirtschaftliche und wachstumsstimulierenden Auswirkungen sowie deren sicherheits- und außenpolitische Bedeutung. Eine Studie des Fraunhofer Institutes (IWES) im Auftrag der Bundestagsfraktion der Grünen habe z.B. ergeben, dass eine konsequente Weiterverfolgung der Energiewende im Jahr 2030 Erdgasimporte in der Höhe der derzeit aus Russland importierten Mengen einsparen könnte. Einigkeit unter den Diskutanten bestand darin, dass die EU weitere Fortschritte bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Energiepolitik machen müsse. Dabei wurde auch eine Studie von *Brookings* vorgestellt, die sich jenseits der platten Propaganda der Kohle- und Atomlobby mit den Erfolgen und den Problemen der Energiewende in Deutschland und Japan auseinandersetzte (<http://www.brookings.edu/research/articles/2014/06/11-american-german-energy-policy-banks-archer>).

Gespräche bei den Vereinten Nationen

Bei den Vereinten Nationen traf ich unter anderem Vertreter der Politischen Abteilung, den Leiter des *Departments for Peacekeeping Operations*, OCHA sowie des Exekutivbüros des Generalsekretärs. Zudem die Botschafterin Jordaniens bei den Vereinten Nationen, Frau *Dina Kawar*.

Naher Osten und Terrorismus

Der Kampf gegen den IS in Syrien und dem Irak stand ganz oben in der Aufmerksamkeit. Die Aussichten seien, so *Jens Toyberg-Frandzen*, Assistant Secretary-General der Politischen Abteilung durchgehend nicht optimistisch. Zwar gäbe es eine breite Koalition. Trotz bedeutender Fortschritte stehe man im Irak derzeit vor der Herausforderung, dass Sunniten auch aus Furcht vor Vergeltung durch schiitische Milizen weiter zum IS hielten; der Aufbau einer Nationalgarde aus einheimischen Stämmen wecke dagegen bei den Schiiten Befürchtungen, eines Tages einer eigenständigen sunnitischen Streitmacht gegenüberzustehen.

In Syrien führten die US-Luftangriffe zu einer Solidarisierung mit dem IS, zumal ein Mindestmaß an Informationsaustausch zwischen den USA und dem Assad-Regime anzunehmen sei.

Hinsichtlich eines möglichen VN-Mandats zeigten sich die Gesprächspartner skeptisch. Irak und Syrien müssten getrennt betrachtet werden: Für den Irak sei ein SR-Mandat aufgrund des Ersuchens der Regierung unnötig. Für Syrien dagegen sei der Sicherheitsrat weiter durch Russland und China blockiert. Es wären aber auch von niemandem Anstrengungen für ein solches Mandat ernsthaft unternommen worden.

Die Bedrohung durch den IS sowie die internationalen Gegenmaßnahmen standen im Zentrum des Gesprächs mit dem Koordinator des *Al-Qaida-Taliban-Monitoring-Teams*, *Alexander Evans*. Er beschrieb die Ideologie von Al-Qaida und IS als verbindendes Element beider Terrorgruppen, stellte gleichwohl heraus, dass der IS jünger, IT-affiner, in der Zielerreichung ungeduldiger und in der Rekrutierung globaler aufgestellt sei.

Er stellte klar, dass Radikalisierung meist kein von außen in einen Staat hineingetragenes Problem, sondern vielmehr der Auswuchs sozialer Missstände im eigenen Land sei. Diesen "Radikalisierungsbiographien" gelte es – auch und gerade in Europa - besser zu begegnen, u.a. durch innovative, über klassische nachrichtendienstliche Erkenntnisse hinausgehende Analyseansätze.

Nach Möglichkeiten zur Eindämmung der Finanzierung von IS gefragt, beschrieb Evans den Ansatz, IS von einer "Überschuss- in eine Defizit-Bilanz" zu zwingen, um ihm so die Ressourcen weitgehend abzuschneiden. So könne der illegale Handel mit Öl zwar nicht vollständig, aber doch für den IS empfindlich eingedämmt werden. Die bekannten Schmuggelrouten schlössen Syrien, Irak, Jordanien und die Türkei sowie Iran und Libanon ein. Hinzu kämen andere Eigeneinnahmen. So hätten Lösegelder für Entführungen dem IS allein im letzten Jahr geschätzte 35-45 Mio. US-\$ eingebracht. Spenden erreichten weniger den IS als die Al-Nusra-Front. Sie hätten mutmaßlich u.a. aus Katar und Saudi-Arabien kommend fortgesetzte Relevanz, wobei die Spender nicht hätten identifiziert werden können.

Friedensmissionen der VN

USG *Hervé Ladsous*, DPKO, ging auf die Situation im Südsudan, Mali und der ZAR sowie im Peacekeeping allgemein ein.

Im Südsudan habe UNMISS u.a. durch Öffnung der VN-Camps vermutlich um die 100.000 Menschenleben gerettet. Bis auf wenige Ausnahmen befänden sich die Menschen allerdings noch heute in den Lagern, was zu Problemen führe. Es sei jedoch schwierig, sie außerhalb der Lager zu beschützen, aber man suche nach Lösungen. Die Situation sei weiterhin angespannt, und nach Beginn der Trockenzeit seien im Norden neue Kämpfe ausgebrochen. Der politische Prozess zeige keine Fortschritte. Da beide Seiten erhebliche Waffenlieferungen erhalten würden, sei ein Waffenembargo notwendig.

Die Situation in Mali sei durch eine terroristische Bedrohung, sowie durch organisierte Drogenkriminalität verschärft. Erstmals in einer VN-Mission sei daher eine Antidrogeneinheit eingesetzt und zeige Erfolge. Die Reduzierung

der Operation *Serval* sowie der gescheiterte Versuch der MLI Armee im Mai diesen Jahres, die Kontrolle über Kidal zurückzuerhalten, hätten dazu geführt, dass MINUSMA als einzige verbleibende Kraft mit allen denkbaren Waffen und Methoden angegriffen würde. Die Mission stelle sich derzeit auf die neue Bedrohung - u.a. durch Ausbildung und verbesserte Verfahren - ein. Auf Grund der Entfernungen und der klimatischen Bedingungen stelle MINUSMA zudem eine logistische Herausforderung für die VN dar.

Der politische Prozess für eine Lösung des Konflikts werde vor allem von Algerien, weniger von der Regierung Malis angetrieben.

Im Gegensatz zu Mali habe man es in der ZAR mit bewaffneten Banden und damit eher mit einem Problem von Recht und Ordnung zu tun. Daher habe in Bangui auch die Polizeikomponente die Führungsrolle, und die militärischen Einheiten seien in einer unterstützenden Rolle eingesetzt. Die VN hätten nicht nur den Justizapparat (es gibt nicht einmal Gefängnisse) neu aufzubauen, sondern mehr oder weniger den gesamten Staat. Die Festlegung von Zieldaten für Wahlen sei daher ein wichtiger Schritt gewesen. Ladsous betonte die Zusammenarbeit mit der EU und dankte für die Verlängerung von EUFOR CAR. Er hoffe, dass es im Anschluss eine EU Ausbildungsmission zum Aufbau einer ZAR Armee geben werde.

Angesichts solch vielfältiger Anforderungen seien gut ausgebildete und ausgerüstete Streitkräfte sowie Polizisten und Juristen notwendig. Drei Viertel der Truppensteller könnten dies jedoch als Entwicklungsländer nicht leisten. Auch sei die Bereitschaft zur aktiven Umsetzung der Mandate nicht immer vorhanden. Ladsous hoffe daher auf eine stärkere Beteiligung von europäischen Staaten - insbesondere mit hochwertigen Fähigkeiten - sowie Unterstützung und Ausbildung anderer Truppensteller. Dies würde auch dem Eindruck entgegenwirken: "*Der Westen zahlt, und die anderen stellen die Truppen*".

Dieses zu ändern, wird aber schon seit Jahren von den Vereinten Nationen eingefordert. Es ist beschämend, dass die Bereitschaft Europas und Deutschlands, sich dieser Herausforderung zu stellen, nach wie vor höchstens eine verbale ist.

Humanitäre Lage

John Ging, Leiter der *OCHA Corporate Response Division* unterstrich, dass der kontinuierlich ansteigende humanitärer Bedarf mit den Mitteln klassischer Geber allein nicht befriedigt werden könne, erforderlich sei stattdessen ein vorausschauender und präventiver Ansatz. Dieser Systemwechsel werde zwar von internationalen Gebern als notwendig anerkannt, doch führe der Umfang akuten Nothilfebedarfs dazu, dass Investitionen in die Bereitschaft (*preparedness*) und nachhaltige Entwicklungsfortschritte unterblieben.

Auch in Libanon und Jordanien, sowie zunehmend in der Türkei, griffen bisherige Hilfsbemühungen zu kurz. Erforderlich sei eine umfassende strukturelle Unterstützung für Aufnahmestaaten von Flüchtlingen, insbesondere im Bil-

dungs- und Gesundheitssektor sowie die Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen. Dieser Ansatz müsse sich sowohl im Umfang als auch in der Qualität an Marschallplan und der Unterstützung für EU-Beitrittskandidaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs orientieren. Rein humanitäre Unterstützung sei dagegen nicht ausreichend. Die EU sei sowohl in der Pflicht als auch in der Lage, notwendige Unterstützung bereitzustellen, auch DEU müsse hier seiner Führungsverantwortung gerecht werden.

Botschafterin Kavar schilderte die Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Jordanien. Die internationale Gemeinschaft komme nur für 29 % der Kosten auf. Der Arbeitsmarkt, Investitionen und Tourismus nähmen Schaden; nur der niedrige Ölpreis mildere die Auswirkung auf den Haushalt.

Ukraine

In der Ukraine befürchtet die politische Abteilung einen weiteren "eingefrorenen Konflikt" wie in Georgien mit den Folgen einer anhaltenden humanitären und wirtschaftlichen Krise und eines unklaren Status. Russlands Motiv, die Ukraine instabil zu halten und echte Unabhängigkeit zu verhindern, bestehe fort. Möglicherweise müsse man darüber nachdenken, über Minsk und die Kontaktgruppe hinaus das Genfer Format wiederzubeleben.

Gesprächspartner

- **Dr. Philipp Ackermann**, Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, D.C.
- **Julieta Valls Noyes**, Bureau of European and Eurasian Affairs, US Department of State
- **David Weiner**, Deputy Assistant U.S. Trade Representative for Europe
- **Adam Kinzinger**, (House of Representatives– R)
- **Charles Ebinger**, Senior Fellow, Brookings Institution
- **John Banks**, Senior Fellow, Brookings Institution
- **Nathaniel "Chip" Dean**, Director for Central and Northern Europe, National Security Council
- **Anna Makanju**, Director for Russia, National Security Council
- **Dina Kavar**, Permanent UN-Representative of Jordan
- **Hervé Ladsous**, Department of Peacekeeping Operations, UN
- **Alexander Evans**, Coordinator Al Qaida/Taliban Monitoring Team, UN Security Council
- **John Ging**, Director Corporate Response Division, UN OCHA
- **Minoru Takada**, Senior Policy Advisor on Energy, Executive Office of the Secretary-General
- **Jens Toyberg-Frandzen**, Assistant Secretary-General ad interim for Political Affairs, UN
- **Henry Kissinger**

